

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 886 848 pbbn d

## Inhalt

Ernst Haar MdB zum Bonner Schrumpfkurs gegenüber der Bahn: Wird die DB der Steuerreform geopfert?  
Seite 1

Josef Felder zur Erinnerung an die Ereignisse, die Hitlers Machtergreifung folgten: Die Schmach des 23. März 1933. (Teil II)  
Seite 4

43. Jahrgang / 25

5. Februar 1988

Wird die Bundesbahn der Steuerreform geopfert?

Bonn will Schrumpfkurs der DB verstärkt fortsetzen

Von Ernst Haar MdB

Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED)

Reden und Handeln der Bundesregierung klaffen immer weiter auseinander. Minister Dr. Warnke hat zwar mehrfach erklärt: „Es ist politischer Wille der Bundesregierung, daß die umweltfreundliche Bahn ihre Chancen nutzt - vor allem im Güterverkehr“, die Realität sieht jedoch anders aus. Durch bewußte Einengung des finanziellen Handlungsspielraums der Bahn und verkehrspolitische Untätigkeit wird die Schiene gezielt ins Abseits gedrängt. Die Situation der DB verschlechtert sich von Monat zu Monat. Modellrechnungen für die kommenden Jahre belegen dies. Ändert sich in der Verkehrs- und Finanzpolitik nichts, dann wird bis zum Jahr 1995

- der Jahresfehlbetrag von heute 3,8 Milliarden DM auf rund neun Milliarden,
- der Nettokreditbedarf von 2,7 Milliarden DM in diesem Jahr auf rund 6,4 Milliarden DM und
- die Fremdverschuldung von derzeit rund 40 Milliarden DM auf 75,5 Milliarden DM ansteigen.

Vor diesem Hintergrund arbeitet zur Zeit eine Arbeitsgruppe im Bundesverkehrsministerium an einem Programm zur Fortschreibung des Konzepts DB '90 sowie der aus dem Jahr 1983 stammenden Leitlinien der Bundesregierung zur Zukunft der DB.

Die bisher bekannt gewordenen Empfehlungen dieser Arbeitsgruppe zur Zukunft der DB stellen ein in dieser Form noch nicht dagewesenes Kahlschlagskonzept dar. Allein um der Begrenzung der Bundesleistungen willen soll die DB zu einem radikalen Schrumpfkurs gezwungen werden. Ohne die durch eine weitere massive Ausweitung des Straßenverkehrs entstehenden Umweltprobleme auch nur mit einem Wort zu erwähnen, wird die Bundesbahn allein unter Haushaltsgesichtspunkten gesehen. Ziel ist die bedeutend kleinere und spezialisierte Bahn. Das Bundesfinanzministerium, das bei diesem

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Hausallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Umweltfreundlicher Umgang  
mit wertvollen Ressourcen  
Recycling-Papier



Konzept offensichtlich die Grundlinien bestimmt hat, spricht daher bereits von einem anzustrebenden Personalbestand der DB von nur noch 80.000 Eisenbahnern.

Dreh- und Angelpunkt aller Bundesbahnpolitik sind die finanziellen Leistungen des Bundes an die DB. Zu diesem Bereich werden vom Bundesverkehrsministerium zwar umfangreiche Überlegungen zur Abgeltung der auferlegten gemeinwirtschaftlichen Leistungen, zur Lösung der Wegkostenproblematik, zu den Versorgungslasten und zur Verschuldung angestellt, sie stehen jedoch alle unter der Vorbedingung, daß der Finanzbedarf der DB insgesamt, das heißt die Summe aus Bundesleistungen und Nettokreditaufnahme gesenkt werden soll. Dies bedeutet, daß der Bund auch weiterhin am 1983 beschlossenen Einfrieren der Bundesleistungen festhalten will. Die DB wird durch diese bewußt erzeugte Begrenzung ihrer Finanzmittel zu einer unverantwortlichen Schrumpfpolitik gezwungen.

Völlig unerwähnt bleiben in den Überlegungen des Bundesverkehrsministeriums die Folgen einer solchen Politik für Wirtschaft, Bevölkerung und Umwelt. Erneut wird die DB allein durch eine betriebswirtschaftliche Brille betrachtet. Ziel ist allein die Begrenzung der Bundesleistungen an die DB. Änderungen in der Verkehrsordnungspolitik sind ebenfalls nicht sichtbar. Wo bleibt das Konzept zur notwendigen Eindämmung des ausufernden LKW-Verkehrs? Wie soll die stärkere Nutzung der Bahn im Güterverkehr erreicht werden? Der Hinweis auf die Neubaustrecken der DB und einige geplante Maßnahmen im Gefahrgutbereich befriedigen nicht. Notwendig sind gesetzliche und finanzielle Entscheidungen zu Gunsten der Bahn. Die Bundesregierung muß ihre bisherige Zurückhaltung gegenüber solchen Maßnahmen aufgeben.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat im Dezember 1987 ein umfassendes bahnpolitisches Konzept vorgelegt. Nachdem in der letzten Legislaturperiode der Gesetzentwurf der SPD zur Umwandlung der DB in ein modernes Unternehmen nach aktienrechtlichen Grundsätzen und eine gerechte Entlastung der Bahn für die von ihr erbrachten gemeinwirtschaftlichen Leistungen an der ablehnenden Haltung von CDU/CSU und FDP gescheitert ist, muß nun ein neuer Anlauf gemacht werden.

Die sich rapide verschlechternde Lage der DB in finanzieller und verkehrlicher Hinsicht muß nun auch für die Regierungsfractionen Anlaß sein, einer umfassenden Reform des Bundesbahngesetzes, das in seinem Kern aus dem Jahr 1951 stammt, nicht länger aus dem Wege zu gehen. Hauptpunkte einer umfassenden Bahnreform müssen sein:

- Umgestaltung des Verwaltungsrates der Bundesbahn in einen echten Aufsichtsrat verbunden mit der Einführung der paritätischen Mitbestimmung;
- Übernahme der finanziellen Verantwortung für den Fahrweg der DB durch den Bund, wie dies auch bei der Straße und bei der Wasserstraße der Fall ist;
- für die von der Bundesbahn erbrachten gemeinwirtschaftlichen Leistungen übernimmt der Bund die inhaltliche und finanzielle Verantwortung und trägt alle ungedeckten Mehrkosten;
- durch eine Kapitalbereinigung muß die DB endlich von den finanziellen Lasten ihrer Altschulden befreit werden. Geschieht dies nicht, so gerät die DB finanziell immer mehr ins Abseits.

Im verkehrspolitischen Bereich muß die Zeit der deutschen Präsidentschaft im EG-Ministerrat zu den notwendigen Schritten im Bereich der Verkehrsordnung genutzt werden. Mit Recht wird seit langem über die in Europa bestehenden Wettbewerbsverzerrungen diskutiert. Stets ist dabei jedoch nur von



den im Bereich des Straßenverkehrs bestehenden Verzerrungen die Rede. Die nicht minder großen Disparitäten zwischen den einzelnen Verkehrsträgern dürfen dabei jedoch nicht vergessen werden. Die Wettbewerbsbedingungen zwischen Schiene, Straße und Binnenschifffahrt sind in gefährlicher Weise zu Lasten der Schiene verzerrt. Es sei nur an die geringe Wegekostenbelastung der Binnenschifffahrt und die sehr unterschiedlichen Umwelt- und Unfallkosten der einzelnen Verkehrsträger erinnert. Hierdurch sind die Entfaltungsmöglichkeiten der Bahn in unerträglichem Umfang eingengt. Dies muß endlich beseitigt werden. Geschieht dies nicht, drohen große Gefahren infolge der fortschreitenden Liberalisierung des Verkehrsmarktes auf europäischer Ebene. Eine Überschwemmung bundesdeutscher Straßen durch ausländische LKW und ein Niedergang der Bahn sind zu befürchten. Die Koppelung weiterer Liberalisierung mit substantiellen Fortschritten bei der Harmonisierung darf daher nicht nur für den Bereich des LKW-Verkehrs, sondern muß für den gesamten Verkehrsmarkt gelten.

Politisches Handeln zur bewußten Gestaltung der Zukunft der Schiene ist erforderlich. Bundestag und Bundesregierung sind aufgefordert, ein zusammenhängendes Bahnkonzept für die 90er Jahre zu entwickeln. Weiterer Personalabbau bei der DB, Streckenstilllegungen und beschleunigter Rückzug der Schiene aus der Fläche dürfen, zumal dies mit einem deutlichen Anstieg der Bahnschulden verbunden wäre, nicht die Kernpunkte der Bahnpolitik sein. Wird der Finanzrahmen der DB weiter durch Vorgaben aus Bonn eingengt, dann nimmt man ihr die Luft, die sie zum Atmen braucht. Die Deutsche Bundesbahn darf nicht dazu mißbraucht werden, die durch die Steuerreform verursachten Löcher im Bundeshaushalt zu stopfen. Dies würde nicht nur bei den Eisenbahnern, sondern auch bei der zunehmend umweltbewußter werdenden Öffentlichkeit sowie bei den Bundesländern auf entschiedenen Widerstand stoßen. Die gewerkschaftlich organisierten Eisenbahner haben im vergangenen Jahr in vielfachen Aktionen gezeigt, daß sie entschlossen sind, für Erhalt und Ausbau ihres Unternehmens zu kämpfen.

(-/5.2.1988/rs/fr)

\* \* \*



## Die Schmach des 23. März 1933 (Teil II)

## Die bürgerlichen Parteien entmündigten sich selbst

Von Josef Felder \*

Die Rede Hitlers war für die bürgerliche Mitte des Reichstages berechnet und gemäßigt, während er die SPD mit beißendem Zynismus und einem Katalog von Unwahrheiten behandelte. „Wir würden nicht mehr benötigt“, sagte der Kanzler. Den bürgerlichen Parteien aber rief er mit erhobener Stimme zu: „Wählen Sie, meine Herren, zwischen Krieg und Frieden.“ Dies war die kaum verhüllte Drohung, zur Gewalt zu greifen, wenn der Reichstag ihm die verlangte Zwei-Drittel-Mehrheit verweigere. Um 3 Uhr 12 Minuten wurde die Sitzung bis 6 Uhr 16 Minuten unterbrochen, die Nazifraktion stimmte das Deutschlandlied an. Es war draußen vor der Oper merkwürdig still geworden und die Fraktionen konnten zum alten Reichstag zurückwandern.

Während nun beim Zentrum eine Probeabstimmung kein klares Ergebnis zeitigte (eine Reihe Nein-Stimmen), dann aber doch eine Mehrheit nach neuer Intervention von Kaas „mit Rücksicht auf die Partei und ihre Zukunft“ für ein Ja votierte, zeigten sich auch bei der SPD, durch Hitlers Drohungen verstärkt, psychische Auswirkungen. Mittelsleute des Zentrums sagten uns, mit Nein zu stimmen käme bei der SPD wahrscheinlich einem Selbstmord gleich. Einige Abgeordnete beantragten, den Passus in unserer Entschließung zu streichen, der unseren Protest wegen der Ausschließung der kommunistischen Kollegen enthielt. Hitler habe bei seiner Rede die KPD unter dem frenetischen Beifall seiner Leute so sehr als reine Verbrecher charakterisiert, daß uns eine namentliche Verbindung im Protest nicht nur der allergrößten persönlichen Gefahr aussetze, sondern Hitler auch neue dialektische und rhetorische Möglichkeiten bei der Antwort auf Otto Wels gebe. Wir könnten den Kommunisten nicht helfen, so sehr wir die schwere Rechtsbeugung verurteilten. Außerdem gehe es jetzt nicht nur um das Leben sozialdemokratischer Abgeordneter, sondern mehr noch um das Leben der Zehntausende sozialdemokratischer Funktionäre draußen im Lande. Man dürfe ihre Situation nicht unnötig verschärfen, da sonst eine notwendig werdende Umstellung der Partei auf die Illegalität überhaupt nicht gelinge.

Mit überwiegender Mehrheit wurde nun eine Abänderung des Entwurfs der Wels-Rede in dem genannten Punkte beschlossen. Alle übrigen bedeutungsvollen Sätze fanden einstimmige Billigung. Aber man hatte Sorge um unseren Redner. Otto Wels widersetzte sich energisch der Meinung, es sollten weniger gefährdete jüngere Abgeordnete die Rede übernehmen. Und dann kam es noch zu heftigen Ausbrüchen als der Führer des Reichsbanners, Höltermann, die Meinung vertrat, wir würden uns in eine Falle begeben und es wäre besser, mit einer großen Protest-Aktion (Rufe: wie denn, wo) abzureisen. Da sprangen zwei weibliche Abgeordnete empört auf. Clara Bohm-Schuch ballte die Fäuste gegen Höltermann und die Abgeordnete aus Schleswig-Holstein, Luise Schroeder, rief zornentbrannt: „Ich gehe hinüber, stimme mit Nein, auch wenn sie mich in Stücke reißen sollten. Auch Du, Genosse Höltermann, hast dabei zu sein. Dein Vorschlag ist falsch.“ Damit war die Geschlossenheit der Fraktion hergestellt. „Über sieben Millionen Wähler, sagte man im weiteren kollegialen Gespräch, haben uns trotz aller Schwierigkeiten ihre Stimme gegeben. Sie erwarten, daß wir den Parlamentarismus verteidigen, so lange es geht.“ Ein großes solidarisches Gefühl kam auf bei den 94, die bereit waren, zur Abstimmung zu gehen.

Ein Blick aus den großen Fenstern unseres Fraktionszimmers zeigte, daß inzwischen die Nazi-Regie „wunderbar“ anlief: Menschenmassen säumten plötzlich das ganze Gelände zwischen dem Reichstag und der Krolloper ein, die Polizei konnte nur mühsam eine schmale Gehbahn freihalten und schon brandeten aus rauhen Kehlen Sprechchöre zu uns herauf: „Wir wollen das Ermächtigungsgesetz, sonst gibts Zunder!“ Abgeordnete der Fraktion der Deutschnationalen, die auf dem Wege zur Krolloper

\* Der Autor ist der letzte lebende SPD-Reichstagsabgeordnete. Er gehört dem Reichstag in den Jahren 1932/33, dem Deutschen Bundestag 1957/1969 an. Der obige Beitrag knüpft an den Artikel Felders zur Machtergreifung am 30. Januar 1933 an (siehe SPD-Pressedienst vom 28. und 29. Januar 1988).

zufällig vor uns gingen, wurden aus „Versehen“ dann auch mit Schimpfnamen bedeckt, die den Sozialdemokraten galten: „Ihr Schufte, Landesverräter, Bonzen!“ Der SPD-Abgeordnete Wilhelm Hoegner rief einem Deutschnationalen zu: „Ja, Herr Kollege, soweit haben Sie und Ihre Fraktion es gebracht. Das können Sie nie verantworten!“

Kurz vor dem Hauptportal der Oper wurde der ehemalige preußische und Reichs-Innenminister Severing von einem Nazi-Funktionär in ein Auto gedrückt und weggefahren. Die Immunität der SPD-Abgeordneten, die Exkanzler Brüning vergänglich bei Hitler gefordert hatte, war längst nicht mehr gewahrt, doch ordnete Göring auf Intervention Paul Löbes die Rückholung Severings an, der dann zuletzt noch an der Abstimmung teilnehmen konnte. Die gleichzeitige Verhaftung und Fesselung des Abgeordneten Dr. Leber wurde uns erst später bekannt.

#### Otto Wels antwortet Adolf Hitler

Um 18.16 Uhr eröffnete Göring die Sitzung zur Aussprache über die Regierungserklärung. Er erteilte sofort das Wort dem SPD-Abgeordneten Otto Wels, der in sichtlich Gelassenheit das Rednerpult neben Hitler betrat und die Erklärung der SPD mit erhobener Stimme verlas. Otto Wels stellte zunächst die Politik der Sozialdemokratie in der Weimarer Zeit gegen die Anwürfe Hitlers klar, um dann mit Nachdruck zu betonen:

„Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht, und wie es durch das Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muß sich um so schwerer auswirken als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit antbehrt. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Aus neuen Verfolgungen kann die Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen. Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht. Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekannermut, ihre ungebrochene Zuversicht - (Lachen bei den Nationalsozialisten, Bravo bei der SPD) verbürgen eine hellere Zukunft.“

Die bürgerlichen Parteien hörten die Ausführungen von Otto Wels, die etwa zwölfmal von Zustimmungsrufen und Beifall der SPD begleitet waren, ruhig an, während die Nationalsozialisten wiederholt in Lachen ausbrachen. Die Reaktion Hitlers war außerordentlich. Er erhob sich mehrmals halb von seinem Sitz, zeigte sich sehr erregt und begann mit der Niederschrift von Notizen. Sofort nach Wels trat er an das Rednerpult, um nun mit theatralischer Geste und unter dem dröhnenden Beifall seiner Fraktion zu zitieren: „Spät kommt ihr, doch ihr kommt!“ Dann ging es los: Verleumdung um Verleumdung gegen die Sozialdemokratie und eine ebenso plastische wie verlogene Schilderung der Leiden, die „Er“ und seine Bewegung unter dem „System von Weimar“ angeblich zu erdulden hatten. Die „SA-Gäste“ neben den Sitzen der SPD fieberten förmlich vor Wut. Mit dem Blick auf die Logen winkte ihnen mehrmals Göring „beruhigend“ zu: „Die Abrechnung ist Sache des Führers!“ Hitler, zur SPD gewandt: „Ich will garnicht, daß Sie für das Gesetz stimmen, meine Herren, Deutschland muß frei werden ohne Sie!“



Nun folgte die Kapitulation der Bürgerlichen. Für das Zentrum erklärte Prälat Dr. Kaas, seine Partei reiche allen ehemaligen Gegnern die Hand, „um das nationale Rettungswerk zu sichern“ und stufte deshalb alle wesentlichen Bedenken gegen das Ermächtigungsgesetz zurück. Die Bayerische Volkspartei sorgte für Überraschung. Nicht mehr ihr langjähriger Fraktionsvorsitzender, der Domdekan Leicht aus Bamberg, sondern der Militär-Max-Joseph-Ordensritter und Kriegsbeschädigte Ritter von Lex aus Rosenheim ging ans Pult. Auf diese Weise sollte die Bereitschaft der Partei zur Mitarbeit und ihre nationale Haltung besonders hervorgehoben werden. Ein Mitglied ihrer Reichstagsfraktion, der Volkspartei-Abgeordnete Graf von Quadt zu Wykradt und Isny, war ja inzwischen schon Mitglied des bayerischen Nazi-Kabinetts geworden. Die Bayerische Volkspartei bedauerte, daß die „Grundrechte eines christlichen und nationalen Staates im Wortlaut des Gesetzes nicht ausdrücklich gewährleistet wurden“. Die Ausführungen des Kanzlers hätten jedoch bestehende Bedenken gemildert. Deshalb stimme die Volkspartei zu.

Für die Fünf-Mann-Fraktion der Staatspartei verkündete Dr. Maier (Württemberg) ein Ja „trotz aller Besorgnis“. Professor Heuß, der ablehnen wollte, beugte sich dem Willen seiner vier Kollegen. Ihm folgte der „Evangelische Volksdienst“ des Abgeordneten Simpfendorfer. Für die Deutschenationalen und einige Splittergruppen war alles klar. Als Steigbügelhalter der Nazis hatten sie ja (mit verdecktem Endziel) diese Entwicklung gewollt. Sie glaubten über Hugenberg abgesichert zu sein und mitregieren zu können.

Präsident Göring ließ, mit herrischer Geste, nun alle drei Lesungen der Gesetzes-Vorlage im Schnellverfahren passieren, erklärte „alle Artikel mit Einseitung und Überschrift“ für angenommen und schritt zu der von der SPD geforderten namentlichen Schlußabstimmung. Kurz zuvor eröffnete er dem Sozialdemokraten Paul Löbe, „es wäre zweckmäßig, wenn Ihre Leute nachher noch im Saale bleiben. Draußen ist eine große Volksbewegung, die auf den Führer wartet“. Im Flüsterton ging der dringende Rat Wilhelm Hoegner durch die Reihen der SPD: „Sofort mit allen anderen Abgeordneten hinaus, sonst haben sie uns auf dem Servierteller!“

Mit feierlichem Pathos gibt Göring das Ergebnis der Schlußabstimmung bekannt: „Mit 444 gegen 94 Stimmen ist das Ermächtigungsgesetz mit der ‚verfassungsmäßigen Mehrheit‘ angenommen. Der Deutsche Reichstag des neuen nationalen Deutschlands hat in effektiver Arbeit in wenigen Stunden eine Leistung vollbracht, zu der er früher in Jahren nicht imstande gewesen wäre.“ Die Nationalsozialisten brechen nach diesen ebenso verlogenen wie anmaßenden Sätzen des Präsidenten in stürmische Heilrufe aus, stimmen die Deutschland-Hymne und dann die erste Strophe des Horst-Wessel-Liedes an. Um 7 Uhr 52 Minuten des 23. März 1933 ist leider zur Tatsache geworden: Der Deutsche Reichstag hat sich mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien selbst entmündigt!

(-/5.2.1988/ru/fr/ks)

\* \* \*